

## Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung  
**25. Mai 2022**, 16:30 Uhr bis 18:30 Uhr  
**öffentlich**  
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal  
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz  
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 30  
Abwesende Mitglieder: 6

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Frau Schümer (Sozialdienst Katholischer Frauen), Frau Pich (Stadtjugendausschuss) und Frau Hellriegel (Jüdische Kultusgemeinde).

### Öffentlicher Teil:

**Der Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal, insbesondere Frau Eisele (Polizeiprävention), Frau Zobel (Polizeiprävention) und Herrn Rüttler (Leiter Kriminalpolizeidirektion Karlsruhe).

**TOP 1**      **Vorstellung Projekt „76### Respekt“ – Ein Gewaltpräventionsprojekt in Kooperation mit der Polizei und dem WERKRAUM: Karlsruhe e.V.**  
- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Frau Sailer (SJB):** Es ist ein Gemeinschaftsprojekt des Polizeipräsidiums, Abteilung Prävention, der Sozial- und Jugendbehörde und des WERKRAUM: Karlsruhe e.V., die den Film mitgestaltet haben. Der Film wurde aus Mitteln des Gewaltpräventionstopfes der Stadt Karlsruhe hergestellt. Als Einleitung zeigen wir einen Zusammenschnitt.

Film wird abgespielt.

**Frau Sailer (SJB):** In diesem sehr aussagekräftigen Film kommen Jugendliche aus Karlsruhe, die Polizei sowie der Kommunale Ordnungsdienst zu Wort.

**Frau Eisele (PP):** Aufgrund der Ausschreitungen „Stuttgart 21“ musste die Polizeiprävention etwas unternehmen. In der Folge wurde dieses Filmprojekt in Kooperation der Stadt Karlsruhe, des Polizeipräsidiums und des WERKRAUMS: Karlsruhe e. V in Angriff genommen. Das Landeskriminalamt hat den Film gelobt und ein gemeinsames Schulkonzept erstellt. Das Innenministerium hat beschlossen, den Film in das Gesamtprojekt Gewaltprävention für Baden-Württemberg mit dem Namen „Respekt ist ein Bumerang“ aufzunehmen.



Hierfür wurden in Baden-Württemberg knapp 200 Multiplikatoren ausgebildet, die das Projekt an Schulen vorstellen. Erste Rückmeldungen der Jugendlichen, über die Aufklärung und den Austausch sind bisher gut. Im Rahmen eines EU-Projektes wurde unser Film in Kroatien vorgestellt. In angepasster Form soll dieser dort ebenfalls zur Gewaltprävention eingesetzt werden.

**Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Danke für die Informationsvorlage und den Film. Gibt es den gesamten Film für alle zugänglich? In diesem Zusammenschnitt wird deutlich, dass die Jugendlichen gut vertreten sind. Was sind aus Sicht der Polizei die Ursachen für die Polizeiskepsis beziehungsweise für die respektlose Haltung der Jugendlichen gegenüber der Polizei?

16.50 Uhr Frau Henkel (Stadtamt Durlach) betritt die Sitzung.

**Frau Stadträtin Ansin (KAL/Die PARTEI):** Nach welchen Kriterien wurden die Jugendlichen ausgewählt? Waren sie aus allen Bereichen der schulischen Landschaft vertreten und wurden nur parteipolitisch engagierte Personen ausgewählt oder kamen auch kritische Stimmen zu Wort?

**Herr Dawid (stja):** Es ist ein tolles Projekt und Prävention ist in diesem Bereich sehr wichtig. Ein Hinweis: Der Stadtjugendausschuss macht seit 2015 unter dem Titel „76respect – Jugend.Macht.Kultur“ im Herbst eine Veranstaltung, bei der mehrere Jugendhäuser beteiligt sind. 2020 und 2021 konnte diese Veranstaltung corona-bedingt leider nicht umgesetzt werden, jedoch wird diese 2022 wieder stattfinden. Könnte der Titel zu Verwechslung der beiden Projekte führen?

**Der Vorsitzende** dankt für den Hinweis.

**Herr Stadtrat Schnell (AfD):** Bei google unter „76#“ ist der ganze Film zu finden. Jugendliche filmen verbale und körperliche Gewalt gegen Polizei und feiern sich damit in den sozialen Medien. Dies funktioniert hauptsächlich, da seitens der Politik beziehungsweise anderer Organisationen Gewalt gegen Polizei oder Ordnungskräfte heruntergespielt wird.

**Herr Toplugedik (stja):** Im online Austausch haben Jugendliche aus anderen Bundesländern erzählt, dass manche Personen auf Grund ihres Aussehens kontrolliert werden. Dies führt oftmals zu einer gewissen Scham bei den Betroffenen. Wird dieses Projekt über Baden-Württemberg hinaus stattfinden?

**Frau Eisele (PP):** Es ist korrekt, dass die Volfassung des Filmes bei Google zu finden ist. Es wurde an uns herangetragen, dass „racial profiling“ ein großes Thema als Ursache für die Polizeiskepsis ist. Außerdem wurde Respektlosigkeit den jungen Erwachsenen gegenüber genannt. Wir, vom Polizeipräsidium Karlsruhe, sind Landesbeamte und damit nur für Baden-Württemberg zuständig. Der Film wurde vom Innenministerium freigegeben. Wir können nicht sagen, was andere Bundesländer veranlassen. Eine spezifische Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern findet nicht statt.

**Frau Sailer (SJB):** Die Jugendlichen wurden unter anderem von WERKRAUM: Karlsruhe e.V., Schulsozialarbeitern und dem Sozialen Dienst ausgewählt. Diversität war hierbei ein wichtiger Aspekt, auch bei der Wahl der Personen von Polizei oder Kommunalem Ordnungsdienst. Bei dem Titel des Films haben wir im Vorfeld nicht ausreichend recherchiert,



die Namensgleichheit tut uns leid. Das Gesamtprojekt läuft zukünftig unter dem Namen „Respekt ist ein Bumerang“, damit löst sich das Problem vermutlich auf.

**Der Vorsitzende:** Die Vorlage sowie die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 2 Haus des Jugendrechts – Von der Idee über das Projekt zum nachhaltigen Entwicklungsprozess**  
- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Schacht (Staatsanwaltschaft Karlsruhe), Herrn Bertsch (Jugendhilfe im Strafverfahren) und Herrn Gottwald (Leiter Haus des Jugendrechts) und gibt Herrn Gleitz das Wort.

**Herr Gleitz (SJB):** Das Projekt ist vor zwei Jahren gestartet. Es ist uns gelungen, in einer Immobilie Staatsanwaltschaft, Jugendsachbearbeitung der Polizei und die Jugendhilfe im Strafverfahren zusammenzubringen. Es findet eine sozialräumliche Zusammenarbeit aller Beteiligten statt. Nach einem Jahr Haus des Jugendrechts sind im Bereich Jugendhilfe im Strafverfahren bereits gute Auswirkungen zu verzeichnen. Ergänzend wird ab September 2022 eine kostenlose Rechtsberatung starten. Der Täter-Opfer-Ausgleich, durchgeführt durch den Verein für Jugendhilfe, findet bereits im Haus des Jugendrechts statt. Am 24. Mai 2022 ist das Kooperationsprojekt „Arbeitseinsatz Plus“ gestartet.

**Herr Stadtrat Schnell (AfD):** In der Vorlage ist von „zeitnah und angemessen auf delinquentes Verhalten reagieren“ die Rede. Was bedeutet hier zeitnah? Was muss ich mir unter den fünf Sozialräumen vorstellen?

**Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Die GRÜNE-Fraktion steht nach wie vor hinter dem Projekt und dankt für die Vorlage sowie das umgesetzte Projekt.

**Herr Stadtrat Høyem (FDP):** Bestehen im Rahmen des Projektes auch Kontakte zum Jugendgericht sowie zu den Jugendschöffen?

**Herr Gleitz (SJB):** Die Stadt Karlsruhe ist im Bereich der Jugendhilfe im Strafverfahren und beim Sozialen Dienst geographisch in Sozialräume aufgeteilt. Diese Sozialräume werden mittlerweile von der Polizei und der Jugendhilfe im Strafverfahren gemeinsam bearbeitet. Damit arbeiten in der Regel immer die gleichen Personen miteinander an den Fällen.

**Herr Bertsch (SJB):** Sich konkret auf einen Zeitablauf festzulegen, ist schwierig. Beispielsweise gibt es kurze Verfahren, die innerhalb von sechs bis acht Wochen von der Tat bis zur Reaktion erledigt sind. Bei schweren Delikten mit langen Ermittlungsverfahren kann es auch bis zu einem Jahr bis zur Reaktion dauern. Es ist im Einzelfall zu prüfen, wo es möglich und sinnvoll ist, den Ablauf zu verkürzen. Bei einem schweren Delikt ist eine schnelle Reaktion nicht immer sinnvoll, damit der/die Täter\*in die zeitliche Möglichkeit erhält, sich mit dem eigenen Verhalten auseinanderzusetzen. Bei kleineren Vorfällen wie beispielsweise Ladendiebstahl ist eine schnelle Behandlung dagegen sinnvoll, damit das Fehlverhalten



nicht bereits bis zum Antritt der Arbeitsstunden vergessen ist. Durch eine gesetzliche Änderung erfolgt nun eine direkte Mitteilung der Polizei an die Jugendhilfe, damit schon zu Beginn des Verfahrens ein erstes Gespräch angeboten werden kann. Hierbei ist unter anderem zu beurteilen, ob ein Verfahren überhaupt sinnvoll ist oder besser eine erzieherische Maßnahme verhängt wird. Durch die drei Beteiligten im Haus kann auf kurzem Wege eine geeignete Maßnahme veranlasst werden. Auch im Täter-Opfer-Ausgleich kann eine längere Zeitspanne durchaus besser sein, damit beide Seiten, auch die Geschädigten, Zeit haben, sich mit dem Vorfall auseinanderzusetzen.

**Herr Gottwald (PP):** Wegen der vorherigen Ansiedlung in den einzelnen Stadtrevieren der Jugendpolizei, können aus der Vergangenheit keine statistischen Zahlen ermittelt werden. Dies ändert sich durch die Inbetriebnahme des Haus des Jugendrechts, da hier zukünftig Listen geführt werden. Eine Zahlenerhebung wird damit in Zukunft möglich sein. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Fälle durch das Zusammenspiel und die Absprache unter einem Dach schneller bearbeitet werden können.

**Herr Gleitz (SJB):** Die Gerichte waren lediglich in der Planungsphase eng beteiligt, jedoch in der direkten Umsetzung sind diese nicht mehr integriert. Gerne kann man sich das gute Projekt vor Ort anschauen.

**Der Vorsitzende:** Das Haus des Jugendrechts stellt eine deutliche Optimierung der bisherigen Zusammenarbeit dar.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 3: Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe – aktueller Sachstand und weitere Schritte**  
- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Der Vorsitzende:** Wir haben bereits intensiv im Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss vordiskutiert, was dem Gremium sowie der Öffentlichkeit zu Gute kommt. Es liegt bereits heute ein interfraktioneller Änderungsantrag vor, der jedoch erst im Gemeinderat zur Abstimmung kommen wird.

**Frau Langeneckert (SJB):** 2018 haben wir uns mit dem Slogan „Damit es jedes Kind schafft“ aus dem Gute-Kita-Gesetz auf den Weg zum Fernziel der Beitragsfreiheit gemacht. Hierbei gibt es viele Herausforderungen, unter anderem eine neue Struktur und auch begleitend die Qualitätsentwicklung in Standards festzulegen. Es wurden viele Trägergespräche unterschiedlichster Art geführt, in denen offene Angaben gemacht wurden. Als Zwischenergebnis ist festzuhalten, dass eine neue Struktur erarbeitet wurde. Auf der Trägerseite gibt es unterschiedliche Elternbeiträge. Es gibt den städtischen Elternbeitrag, der politisch beschlossen ist und wir haben ein gemeinsames Beitragsniveau, das mit einem 10-prozentigen Beitragskorridor ausgestattet werden soll, um sich an den städtischen Beitrag anzunähern. Zudem gibt es die unterschiedlichen Trägerbeiträge. Ergänzend wurde zur Finanzierung der Beiträge der Erstkinderzuschuss für die Träger, die einkommensabhängige Beitragsstaffelung für Eltern sowie der Geschwisterkindbeitrag eingeführt. Auf dieser Basis wurde weitergearbeitet. Durch die Trägergespräche hat sich ergeben, dass der



Erstkinderzuschuss nicht ausreichend war. Auf Grund der Haushaltslage sieht sich die Verwaltung nicht in der Lage, diesen weiter zu erhöhen, sondern zur Annäherung an das gesamtstädtische Beitragsniveau den städtischen Beitrag anzuheben. Auf der Tischvorlage ist zu erkennen, dass die Beitragserhöhung im Hinblick auf den Zeitraum nicht so hoch ausfällt. Schon jetzt ist ein Drittel, unter Berücksichtigung des Geschwisterkinderfreibetrages, beitragsfrei. Die Dynamisierung des Erstkinderzuschusses ist bereits beschlossen, die Verwaltung schlägt vor, eine gesamte Dynamisierung, jeweils da, wo es nötig ist (Beitrag oder Kita-Förderung), anzugehen. Zuerst sollte die Qualitätsentwicklung abgeschlossen und dann der Finanzierung gegenübergestellt werden. Ferner ist es wichtig, sich auf einen Zeitpunkt für die Angleichung an das gesamtstädtische Beitragsniveau mit den entsprechenden Qualitätsstandards festzulegen. Bis zur Beitragsfreiheit ist es noch ein langer Weg.

**Der Vorsitzende:** Hierbei handelt es sich um eine komplexe Aufgabe, die Jahrzehnte dauert. Die Aufgabe soll auch nicht wegen der Haushaltssicherung für die nächsten fünf Jahre auf Eis gelegt werden.

**Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE):** Der Umweg auf dem Weg zum Ziel ist notwendig, um allen gerecht zu werden. Es ist unumstritten, dass die Verlängerung der Frist benötigt wird und sich die Träger an das gemeinsame Beitragsniveau annähern müssen. Ebenso gehen die GRÜNEN die gemeinsamen Standards mit. Wie soll mit der Dynamisierung unter Berücksichtigung der rasant steigenden Kosten umgegangen werden? Die Anhebung der städtischen Beiträge ist grundsätzlich gut, jedoch bedeutet dies auch Kostensteigerungen für die zahlungspflichtigen Eltern. Die Beitragserhöhung kann zwar nicht grundsätzlich abgelehnt werden, jedoch kann unsere Fraktion auch nicht alles auf die Eltern abwälzen. Aus diesem Grund liegt der interfraktionelle Änderungsantrag als Kompromissvorschlag vor, woraus sich eine 40 Prozent geringere Beitragserhöhung ergibt. Es wäre interessant zu wissen, was dies die Stadt in absoluten Zahlen kosten würde.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD):** Die SPD kann der Vorlage nicht gänzlich zustimmen, sondern befürwortet den Kompromissvorschlag, den Herr Stadtrat Bauer erwähnt hat. Es ist korrekt, dass das Beitragsniveau erreicht werden muss, jedoch nicht ohne die Eltern zu berücksichtigen. In der Vorlage würde die maximale Beitragserhöhung 300 Euro mehr pro Jahr betragen, im Änderungsantrag wären es maximal 180 Euro. Aus der Tischvorlage geht hervor, dass die gestaffelte einkommensabhängige Befreiung nur geringe Auswirkung gezeigt hat und weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Stehen die dafür im Haushalt bereit gestellten Mittel somit noch zur Verfügung? An dem Gemeinderatsbeschluss zur Dynamisierung möchte die SPD festhalten und diesen umsetzen, auch wenn vor dem Hintergrund der Haushaltslage 2 Millionen Euro derzeit viel Geld sind.

**Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR):** Wenn die geplante Erhöhung reduziert wird, dann sind wir deutlich unter 4 Prozent. Dies wiegt nicht einmal die Inflation auf. Damit müssen die Träger noch weiter in den Sparmodus gehen, es ist fraglich, ob dies machbar ist beziehungsweise, ob manche nicht aufgeben müssen. Im Hinblick darauf ist die Vorlage gut. Die Fraktion FW/FÜR wird der Vorlage zustimmen. Der zeitliche Rahmen ist gut. Es dürfen keine weiteren Träger verloren gehen, dies ist zu bedenken.

**Herr Stadtrat Schnell (AfD):** Das Prinzip der Angleichung der Zuschüsse trägt die AfD vollumfänglich mit. Wenn die Träger es nicht schaffen auf das gesamtstädtische Beitragsniveau zu kommen, dann muss sich die Stadt überlegen, mit welchen Trägern sie zukünftig



zusammenarbeiten möchte. Grundsätzlich ist die Erhöhung des Beitrages zwar angemessen, jedoch werden trotz Sparhaushalt neue Stellen geschaffen und es werden Millionen für den Bereich Klimaschutz ausgegeben. Eltern müssen ohnehin schon erhöhte Ausgaben für Energie erbringen, und nun sollen sie zusätzlich auch noch für erhöhte Kita-Beiträge herangezogen werden. Diesem Teil der Vorlage kann die AfD nicht zustimmen. Zum Änderungsantrag kann ich noch nichts sagen.

**Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Da die CDU bezüglich des Änderungsantrages nicht angefragt wurde und wir uns somit nicht beraten konnten, ist es schwierig, sich hierzu zu äußern. Grundsätzlich wollte die CDU die Beschlussvorlage mitgehen, auch wenn es für Familien eine Belastung darstellt. Für den Gemeinderat benötigen wir konkrete finanzielle Auswirkungen, wenn nur in dem reduzierten Maß erhöht wird. Der Gesamthaushalt muss im Blick behalten werden.

**Herr Barton (AWO):** Im Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss haben wir unsere Stellung ausführlich dargelegt. Die Liga-Verbände, die evangelische und katholische Kirche sowie die privat-gewerblichen Träger aus dem deutschen Kita-Bund, haben sich abgestimmt. Wir sind alle daran interessiert, den Kita-Ausbau voranzutreiben sowie die gute Qualität zu erhalten. Auch der Vorgabe des Zeitrahmens 2024/2026 und fraglos auch der Dynamisierung stimmen wir zu. Lediglich der Referenzbeitrag ist nicht zustimmungsfähig. Die Träger sind betriebswirtschaftlich orientiert, wodurch alle sogenannten Gemeinkosten, zum Beispiel IT-Personal- und Sachkosten, auf alle Bereiche umgelegt werden müssen, was in der Stadtverwaltung nicht der Fall ist. Wenn der städtische Elternbeitrag nicht kostendeckend ist und dieser zur Referenz gesetzt wird, kann der Kita-Träger den Betrieb auf Dauer gesehen nicht, auch nicht mit Einsparungen, aufrechterhalten. Die Vorlage wäre grundsätzlich zustimmungsfähig, wenn nicht der städtische Referenzbeitrag gegeben wäre. Die Träger können nicht in ein strukturelles Defizit gehen. Die Stadtverwaltung sollte den Referenzbeitrag zusammen mit den Trägern berechnen.

**Herr Koch (GKK):** Der Gemeinderatsbeschluss aus 2018, schrittweise zur beitragsfreien Kita, hat uns sehr gefreut. Die Haushaltslage ist nun eine schlechtere, trotzdem hat es uns erschrocken, dass die Dynamisierung ausgesetzt werden soll und damit alle Kostensteigerungen auf die Elternbeiträge abgewälzt werden sollen. Aus diesem Grund ist der interfraktionelle Änderungsantrag erfreulich und unterstützenswert.

**Herr Stadtrat Høyem (FDP):** Die Stadt ist in einer schwierigen Haushaltslage. Die FDP Fraktion kann der Beschlussvorlage zustimmen und möchte nicht erneut im Gemeinderat debattieren, daher besteht etwas Unmut über den Änderungsantrag.

**Der Vorsitzende:** Frau König wird gleich noch konkrete Zahlen liefern.

**Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE):** Mit dem Änderungsantrag soll nicht nur der Erstkinderzuschuss, sondern auch der städtische Beitrag, angehoben werden. Dies sollte kein politischer Spaltungsversuch sein. Auf Grund der Kurzfristigkeit wurden im Vorfeld nur die Fraktionen eingebunden, mit denen wir eng zusammenarbeiten.

**Herr Stadtrat Schnell (AfD):** Der Gemeinderatsbeschluss über die angestrebte Beitragsfreiheit besteht. Da wir uns nun davon entfernen, müsste der Beschluss aufgehoben werden. Wie wirtschaften andere Träger, die das Beitragsniveau bereits erreicht haben?



**Herr Braunagel (Der Paritätische):** Im Namen der „kleinen“ Träger möchte ich mich ausdrücklich bedanken und stimme den Ausführungen von Herrn Barton zu.

**Der Vorsitzende:** Es gibt mehr Kita-Träger-Bewerbungen als die Stadt vergeben kann. Damit können die Förderrichtlinien für Kitas in Karlsruhe nicht gänzlich schlecht sein.

**Herr Honeck (Ev. Dekanat):** Die evangelische Kirche als größerer Träger hat ebenfalls das Problem das gesamtstädtische Beitragsniveau zu halten beziehungsweise ist nun aktuell aus dem 10-Prozent-Korridor herausgefallen. Wir begrüßen ausdrücklich einen einheitlichen Referenzbeitrag, doch dieser muss für die Träger auch erreichbar sein. Ich schließe mich darin Herrn Barton an.

17.57 Uhr Herr Dawid (stja) verlässt die Sitzung.

**Der Vorsitzende:** Nach der ganzen Aufbauarbeit ist es für die nächsten Schritte wichtig festzustellen, wo wir aktuell stehen, nämlich beim Verhandeln des Referenzbeitrages. Es hilft nur die Einigung der Träger und der Stadt über den tatsächlichen Referenzbeitrag weiter.

**Frau König (SJB):** Der Änderungsantrag erreicht nicht ganz das, was die Beschlussvorlage der Verwaltung wollte. Da nicht bekannt ist, wie die Träger im neuen Kita-Jahr die Beiträge anheben werden, sind dies nachfolgend lediglich voraussichtliche Einschätzungen. Anstatt 80 Prozent sind es nun 74 Prozent der Träger, die innerhalb des Korridors liegen würden und 26 Prozent über dem Korridor im Vergleich zu 20 Prozent gemäß der Vorlage. Möglicherweise liegt auch eine Begriffsirritation vor. Wenn das gesamtstädtische Beitragsniveau festgelegt wird, dann hat dies auch eine Anhebung des städtischen Beitrages zur Folge. Um sich anzunähern muss dieser erhöht werden. Die Gespräche mit den Trägern sind kooperativ. Auf Grund der hohen Vielfalt an Trägern in Karlsruhe gibt es auch eine entsprechend große Vielfalt an Beiträgen. Erst wenn die Standards in den Richtlinien und der Förderung festgelegt sind, kann die Beitragsgestaltung erfolgen. Durch den Änderungsantrag ergeben sich geringere Mehrerträge in Höhe von 80.000 Euro. Die Mehraufwendungen für den Erstkinderzuschuss betragen 850.000 Euro.

**Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR):** Es stehen zwei Aussagen im Raum: Es bewerben sich genug Träger auf Grund der guten Förderkriterien und Herr Barton sagt, dass die AWO als Träger herausfällt. Diese beiden Aussagen stehen gegeneinander. Kann man dies objektivieren?

**Der Vorsitzende:** Bei Kita-Ausschreibungen gab es rückblickend immer mehr Bewerber als Kitas, dies ist eine rein objektive Beobachtung der letzten 20-30 Jahren. Ich verweise nur auf den Kita-Ausbau im nächsten TOP.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD):** Wie viel Restmittel zur Gegenfinanzierung sind aus dem Bereich der gestaffelten Beiträge noch im Haushalt enthalten? Die Dynamisierung wurde im Gemeinderat beschlossen und Mittel eingestellt. Gibt es für die Dynamisierung des Erstkinderzuschusses in diesem Haushaltsjahr wirklich keine Mittel, die eingesetzt werden können?



**Frau Langeneckert (SJB):** Grundsätzlich gibt es für unterjährige Beschlüsse immer Mittel, die nicht verbraucht wurden und umgeschichtet werden können. Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Mittel für diese Beschlüsse auch in den Folgejahren vorhanden sein müssen. Außerdem ist im Vorfeld nie abzusehen, ob unerwartete Aufwendungen aufgebracht werden müssen.

**Pfarrer Stoll (Diakonisches Werk):** Bei Ziffer 1, Satz 1 der Beschlussvorlage heißt es „...das städtische Beitragsniveau maximal um 10 % überschreiten (Toleranzbereich)...“, ist hier das städtische oder das gesamtstädtische Beitragsniveau gemeint? Dies ist für die Abstimmung relevant.

**Frau König (SJB):** Wenn der Erstkinderzuschuss erhöht wird, müssen die Richtlinien angepasst werden. Die Richtlinienänderung wird normalerweise im Jugendhilfeausschuss vorbereitet, dies ist frühestens im Oktober 2022 möglich. Die Erhöhung des Erstkinderzuschusses wäre zu Beginn des neuen Kita-Jahres, also September 2022, somit müssten die Richtlinien rückwirkend geändert werden. Alternativ müsste überlegt werden, ob die Richtlinienänderung direkt im Gemeinderat, ohne Vorberatung im Fachausschuss, beschlossen wird, damit diese zum neuen Kita-Jahr greifen kann.

18.13 Uhr Herr Stadtrat Müller verlässt die Sitzung.

**Frau Langeneckert (SJB):** (an Pfarrer Stoll) Es muss gesamtstädtisches Beitragsniveau heißen.

**Der Vorsitzende:** Die Abstimmung werden wir Ziffer für Ziffer vornehmen.

**Frau Henkel (Stadtamt Durlach):** Der Referenzbeitrag bindet jeden und kann alle Belange berücksichtigen. Mir wäre an einer Ergänzungsabstimmung gelegen, zur Errichtung einer Arbeitsgruppe, die sich mit dem interfraktionellen Änderungsantrag beschäftigt und klärt, dass kommunale und freie Träger die gleichen Grundvoraussetzungen haben.

**Der Vorsitzende:** Wir sind in intensivem Austausch mit den Trägern und haben zusätzlich einen externen Berater eingebunden. Es gab keine Kritik an Gesprächen oder der Festlegung eines Referenzbeitrages, lediglich die Höhe muss verhandelt werden. Die Kommunikation ist nicht das Problem.

**Herr Barton (AWO):** Es wäre im Interesse der Träger, das gesamtstädtische Beitragsniveau bis 2024 als Referenzbeitrag gemeinsam zu verhandeln.

**Der Vorsitzende:** Das Anliegen von Frau Henkel ist aufgehoben.

**Frau Langeneckert (SJB):** Der gesamtstädtische Beitrag ist ein errechneter Beitrag auf Basis der sehr unterschiedlichen Beiträge aller Träger.

**Der Vorsitzende:** Dies ist ein Fachausschuss in dem Fachpolitik stattfindet. Die Beschlussziffern werden einzeln abgestimmt, danach obliegt es dem Gemeinderat, zu beschließen, mit oder ohne Änderungsantrag.



**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und die Ziffern 1 bis 4 zu beschließen.

Abstimmungsergebnisse:

Ziffer 1: 12 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen und keine Nein-Stimmen

Ziffer 2: 6 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen und 7 Nein-Stimmen

Ziffer 3: einstimmige Zustimmung

Ziffer 4: 18 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und keine Nein-Stimmen

**TOP 4 Aufnahme neuer Kita-Projekte in die Bedarfsplanung**  
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Henkel (StA Durlach) ist befangen und verlässt den Abstimmungsraum.

**Herr Metz (SJB):** Es stehen zwei Kita-Projekte zur Aufnahme in die Bedarfsplanung an. Zum einen der weitere Ausbau der Kindertagesstätte St. Lioba (Weststadt) und zum anderen die umzugsbedingte Erweiterung der Kindertagesstätte des Stadtamtes Durlach.

**Der Vorsitzende:** Es gibt keine Fragen.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Aufnahme von zwei neuen Kita-Projekten mit 30 Plätzen für Kinder unter drei Jahren sowie 20 Plätzen für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt in die Bedarfsplanung und die Bereitstellung der in der Vorlage genannten Finanzmittel zu beschließen.

**TOP 5 Übergang Schule Beruf:**  
**Modellprojekt eines Übergabetools**  
- Vorlage und mündlicher Bericht -

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Hörner (Geschäftsführender Schulleiter Karlsruher Berufsschulen) und Frau Wagner (Leiterin Bildungsplanung Schul- und Sportamt).

**Frau Günther (stja):** Es gibt im Bereich Übergang Schule und Beruf große Projekte mit Fernzielen wie die Jugendberufsagentur und es gibt kleine, wie das Modellprojekt eines online Übergabetools. Ziel ist es, Lücken aufzuzeigen, diese zu schließen und die Jugendlichen zu erreichen, um ihnen soziale und berufliche Perspektiven aufzuzeigen. Momentan läuft die Pilotphase des Übergabetools unter Beteiligung von Herrn Hörner, von der Heinrich-Hertz-Schule, dem Projektentwickler und dem regionalen Übergabemanagement. Die datenschutzrechtliche Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten des staatlichen Schulamtes und dem Regierungspräsidium hat einen großen Zeitraum in der Projektentwicklung eingenommen. Wegen des Schutzes der Personendaten ist es sehr wichtig, dass die Daten auf dem KISS-Server des Kultusministeriums liegen. 2023/2024 startet der Echtbetrieb zunächst an Karlsruher Schulen. Perspektivisch wäre die Einbindung des Landkreises Karlsruhe sinnvoll, um das Einzugsgebiet und die Wanderung der Schüler\*innen besser im Blick



zu haben. Ziel ist eine effiziente, digitale Datenübermittlung, um Jugendliche mit schwierigen Übergängen zeitnah begleiten zu können. Aktuell ist das Übergabeverfahren noch händisch per Papier und Fax.

**Herr Topluggedik (stja):** Wird das Übergabetool nur für Berufsschulen genutzt oder auch für andere Bereiche?

**Frau Günther (stja):** Daten können, beispielsweise auf Anfrage des Schul- und Sportamtes oder des Stadtjugendausschusses, nicht personenbezogen gefiltert werden. Die Entwicklung der Schüler\*innenwanderung sowie mögliche Lücken können damit abgelesen werden, um handlungsorientiert agieren zu können. Es kann also auch in anderen Bereichen eingesetzt werden. Dies liegt jedoch in der Verantwortung der jeweiligen Schulleitung.

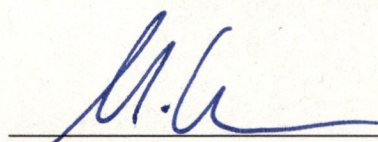
**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

---

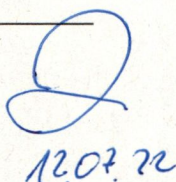
Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Karlsruhe, 03. Juni 2022

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz  
Bürgermeister



12.07.22



Carmen Edler  
Schriftführerin